



**Fraktion im Rat der Stadt Hagen**

Rathausstraße 11  
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: [fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de](mailto:fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de)

Internet: [www.fraktion-hagen-aktiv.de](http://www.fraktion-hagen-aktiv.de)

Hagen, 06. Mai 2010

## **Pressemitteilung der Fraktion HAGEN AKTIV**

### **„Haushaltsrede 2010“ (PM 008/2010)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

HAGEN AKTIV hat in den vergangenen 5 Jahren im Zuge der Haushaltseinbringung mehrmals darauf hingewiesen, dass bei der Aufstellung des Haushalts, insbesondere bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzepts, die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden müssen. Diese Möglichkeit besteht bereits, und zwar in Form eines Bürgerhaushalts, der aktuell von verschiedenen Kommunen - auch in NRW – umgesetzt wird.

Gerade in Zeiten, in denen es um erhebliche Einschnitte bei den städtischen Leistungen geht, ist es zwingend erforderlich, die Bürgerinnen und Bürger mit im Boot zu wissen. Dazu gehört – nebenbei bemerkt - auch eine allgemeinverständliche Ausformulierung des Haushalts, so dass möglichst viele das Zahlenwerk und seine Konsequenzen verstehen können.

## Zum Haushalt 2010

In diesem Jahr haben wir den vorgelegten Haushalt einer eingehenden Analyse unterzogen und werden zu verschiedenen Positionen dezidiert Stellung beziehen.

Aufgrund der Umstellung zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement wird unsere Stellungnahme nur bedingt vergleichend zu den Vorjahren ausfallen können. Festzuhalten bleibt aber, dass der Haushalt der vergangenen 5 Jahre jeweils vor dem Hintergrund galoppierend ansteigender Schulden erstellt wurde. Dieser Trend wird 2010 noch einmal übertroffen: Das jährliche Defizit steigt auf sage und schreibe 160 Mio. €, die Gesamtschuldenlast Ende 2010 auf etwa 1,5 Milliarden €. Von vorn herein ist abzusehen, dass der Haushalt von der Bezirksregierung in Arnsberg nicht genehmigt werden wird.

Gleich zu Beginn möchten wir deshalb festhalten, dass wir - HAGEN AKTIV – dem aktuellen Haushaltsplan 2010 nicht zustimmen werden. Zahlreiche Teilpläne und Konsolidierungsmaßnahmen bewerten wir als fragwürdig, nur schwer realisierbar und für Sie – liebe Bürgerinnen und Bürger – als nicht wünschenswert.

Weil wir jedoch davon ausgehen, dass der Rat der Stadt Hagen – trotz unserer Haltung – in der heutigen Sitzung dem Haushalt 2010 mehrheitlich zustimmen wird, möchten wir in aller Deutlichkeit an dieser Stelle noch einige Anregungen zur Entwicklung unserer Stadt vorstellen.

Die aktuelle Schieflage der Stadt Hagen setzt sich aus vielfältigen internen und externen Faktoren zusammen. Lösungen für die derzeitigen Probleme können wir im aktuellen Haushaltsentwurf nicht bzw. nur in marginalen Ansätzen erkennen.

Uns allen ist bekannt, dass Hagen bereits seit 2009 überschuldet ist. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer haben dieses bei der Einbringung des Haushaltes 2010 noch einmal deutlich gemacht.

Allerdings ist nicht nur Hagen überschuldet. Bei den meisten NRW-Kommunen ist eine ähnliche Situation zu beobachten. Daraus herzuleiten, dass alle Städte und Gemeinden in der Vergangenheit intern schlecht gewirtschaftet haben, wäre zu kurz gegriffen. Zweifellos spielen auch externe Faktoren eine große Rolle. Faktoren, die diesen Gemeinden nicht anzulasten sind. Hier sind Bund und Land in der Pflicht.

Als Freie Wählergemeinschaft ist unser Aktionsradius nur auf den Bereich der Stadt Hagen begrenzt. Somit haben wir bedauerlicherweise keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen in Bund oder Land. Deshalb sehen wir hier die landes- und bundesweit tätigen Parteien in der Pflicht und fordern diese auf, die zwingend erforderlichen Veränderungsprozesse zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit umgehend anzustoßen:

„Erhöhen Sie den Druck auf Ihre Parteizentralen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Taktische Lippenbekenntnisse, um die Wählerinnen und Wähler für die am kommenden Wochenende anstehende Landtagswahl wohl zu stimmen, reichen uns an dieser Stelle nicht.“

Als Wähler bekommen wir vor der anstehenden Landtagswahl zu hören, dass sich Ministerpräsident Rüttgers zum Schutz der Gemeinden ab sofort gegen Steuersenkungen im Bund ausspricht. Frau Kraft fordert sogar massiv Gelder zur Rettung der überschuldeten NRW-Gemeinden ein. Hagen Aktiv verweist an dieser Stelle darauf, dass die damalige Große Koalition aus CDU und SPD einen milliardenschweren Rettungsschirm für inkompetente Banker in nur wenigen Wochen durchgesetzt hat. Allerdings erwecken die voran genannten Aussagen und das aktuelle Handeln den Anschein, dass unsere Gemeinden den Großparteien weniger wichtig sind als unsere zweifelhaften Banker.

Die Wahrheit ist - und dies wird sich nach Ende des Wahlkampfes zeigen, dass die Kommunen allein gelassen werden sollen. So hat sich der amtierende Landesfinanzminister Linssen in einer Rede am 19. Februar 2010 in Essen gegen einen Entschuldungsfond für Gemeinden ausgesprochen. Erst sei der Bund, dann die Gemeinde selbst und zu allerletzt das Land in der Pflicht, so der Finanzminister. In unseren Augen verschiebt eine Ebene die Verantwortung auf die andere.

Deshalb frage ich Sie, liebe Ratsmitglieder, wie intensiv haben Sie in der Vergangenheit auf Ihre Parteizentralen eingewirkt, damit sie das Konnexitätsprinzip einhalten. Sie wissen: Dazu sind Land und Bund verfassungsrechtlich verpflichtet! Ich sehe hier jedoch eine große Diskrepanz zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit.

Sie bezeichnen sich als demokratische Volksparteien. Wir alle haben gelernt, dass „Demokratie“ Herrschaft des Volkes, also Willensbildung von unten nach oben bedeutet. Bei Ihnen, den etablierten Parteien, scheinen diese Prozessketten jedoch genau umgekehrt zu verlaufen.

Wie eingangs erwähnt, bestimmen nicht nur externe Faktoren die mehr als bedenkliche Finanzlage unserer Stadt. Sowohl auf Seiten des Verwaltungsvorstandes wie auch in den Fraktionen gibt es zahlreiche "Altgediente", die in den letzten Jahren Verantwortung getragen haben und die sich deshalb fragen lassen müssen, ob man in der Vergangenheit nicht allzu leichtfertig mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt umgegangen ist. Zu Beginn dieses Jahrtausends gab es Steuerjahre, in denen Mehreinnahmen, sprich Überschüsse, erzielt werden konnten. Allerdings wurde in dieser Zeit versäumt, Vorsorge in Form von Rücklagen für schlechtere Zeiten zu treffen. Bedenklich ist dabei vor allem, dass in diesen Jahren Leuchtturmprojekte, wie z.B. das Emil-Schumacher-Museum, umgesetzt worden sind, die uns jetzt wie ein Klotz am Bein hängen und unseren Gestaltungsspielraum wesentlich einengen.

Was haben Sie getan, als sich die Misere abzuzeichnen begann?

In unseren Augen folgte ein ebenso blinder wie teurer Aktionismus. Zunächst hat man die Aufgabenkritikkommission installiert, danach das Roland Berger-Gutachten eingeholt. Weiter ging's mit dem Mentor und seinem Ersten- und Zweiten Sparpaket. Zuletzt kam noch die Zukunftskommission. Umgesetzt wurde von den immer gleichen Vorschlägen jedoch nur wenig bis gar nichts. Allein: Es wurden große Summen in externe Gutachten investiert, während sich das Haushaltsdefizit der Stadt weiterhin vergrößerte.

Mit dem aktuellen Haushaltsentwurf 2010 beginnen wir nahezu bei null. Die Verwaltung versucht mit einem brachialen Akt sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen in einem Abwasch durchzusetzen, ohne jedoch langfristige Folgen auch nur näherungsweise abschätzen zu können.

Seit Monaten sehen und bewerten wir die Rolle des Regierungspräsidenten als äußerst bedenklich. Zwar lobt dieser in der Öffentlichkeit stets die gute Zusammenarbeit mit der Stadt in der Zukunftskommission, aber bei zwingend notwendigen Investitionen blockiert er die weitere Entwicklung unserer Stadt, wo es nur geht. Bezirksbürgermeister Dahme drückte es in einem Leserbrief folgendermaßen aus: „Im Arnsberger Wald fallen Entscheidungen nach dem Motto: Der Regierungspräsident will nicht, basta“. Dass er sich dabei vor Gericht – hier zitiere ich den Kollegen Riechel – immer öfter „blutige Nasen“ holt, zeigt, auf welchem dünnem Eis sich die Entscheidungen aus Arnsberg bewegen. Herr Diegel ist aus unserer Sicht ein unkalkulierbares Risiko. Er wäre gut beraten, sich auf seine Aufgaben zum Wohle der Stadt Hagen zu konzentrieren.

Schauen wir nun aber nach vorn.

Wir möchten, dass es mit Hagen voran geht. Hier und heute geht es um die Zukunft unserer Stadt, in der auch Sie - liebe Ratsmitglieder - leben.

HAGEN AKTIV ist der Meinung, dass es sich bei den aktuellen Haushaltszahlen lediglich um reine Planwerte handelt, die wir zum jetzigen Zeitpunkt – Mitte 2010 – im Prinzip für nicht mehr verwertbar halten.

Die maßgeblichen und zukunftsrelevanten Entscheidungen werden wir in den kommenden Fachausschüssen zu treffen haben. Hier wird HAGEN AKTIV sich mit aller Kraft und großem Engagement für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Dieses beinhaltet auch die Umschichtung und Optimierung der im Haushalt genannten Planzahlen. Unser Ziel ist, einem „Ausbluten“ der städtischen Infrastrukturen und einem Verlust an Lebensqualität in Hagen couragiert und aktiv entgegenzutreten. Es geht um den Erhalt einer nachhaltigen und somit zukunftsfähigen Infrastruktur, die Förderung und den Ausbau der Schulen, die Rettung sowie den Erhalt kultureller Einrichtungen, den Erhalt und Ausbau des ÖPNV und um ein ökologisch wertvolles Landschaftsbild.

Mit anderen Worten: Es geht um unsere Lebensqualität.

Wir fordern alle Fraktionen auf, den hier und heute selbst vorgetragenen Worten und Einwänden in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren Taten folgen zu lassen. Ein fortwährendes, politisches Taktieren und die damit einhergehende Verschleppung von Problemlösungen konnte und kann sich unsere Stadt nicht leisten.

Wie ebenfalls schon erwähnt, belastet nicht nur das System zur Gemeindefinanzierung unseren Haushalt, sondern auch die internen, hausgemachten Faktoren, die sich bereits seit vielen Jahren wie ein roter Faden durch die Stadtpolitik ziehen.

Beispielhaft sei hier der im Vergleich zu anderen Kommunen hohe Personalbestand und ein seit Jahren fehlendes Personalbedarfs- und –entwicklungskonzept genannt. Wir begrüßen ausdrücklich, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dass Sie ein derartiges Personalkonzept bis Ende des Jahres erstmals in der Stadtverwaltung umsetzen möchten. Bei der weiteren Konzeptumsetzung, der Umstrukturierung und Verschlinkung der Stadtverwaltung, werden wir Sie aktiv unterstützen. Ein besonderes Augenmerk werden wir jedoch darauf legen dass durch die Verschlinkung notwendige städtische Leistungen nicht wegbrechen.

Als Hagener Bürgerinnen und Bürger, aber auch jetzt in unserer Funktion als Ratsmitglieder, haben wir mit Bedauern festgestellt, dass städtische Baumaßnahmen in erheblichem Maße die Stadtkasse belasten. Und zwar durch eine mangelhafte Planung und Umsetzung. Die Bürgerinnen und Bürger werden weder über die Sinnhaftigkeit noch den Nutzen einzelner Bauprojekte aufgeklärt. Das führt in den meisten Fällen zu einer geringen Akzeptanz innerhalb der Bürgerschaft. Allein das Kunstquartier zeigt, wie nachlässig und unpräzise die Stadtverwaltung große Bauprojekte plant und umsetzt: Bei genauem Hinsehen haben sich die Betriebskosten verdreifacht!

Im kleinen Rahmen hat jüngst die Rundturnhalle in Elsey belegt, mit welcher Sorgfalt Baumängel von der Stadtverwaltung nachgehalten werden. Wir bezweifeln stark, dass die Stadt nach nunmehr 3 Jahren noch erfolgreich Regressforderungen an den externen Dienstleister stellen kann. Letztendlich haben wieder einmal die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für die Nachbesserungen zu zahlen.

Sollte sich ein derart nachlässiges Management auch beim Projekt Bahnhofshinterfahung – das wir weiterhin nicht befürworten werden – fortsetzen, so ist zu befürchten, dass sich dadurch ein zusätzliches „Millionenloch“ für die Stadt Hagen öffnet. Wir sind überzeugt, dass der städtische Eigenanteil von rund 20 Mio. € im ÖPNV und in der Ausstattung unserer Schulen besser investiert ist. Der infrastrukturelle Nutzen wäre größer - auch mit Blick auf die Luftverschmutzung. Denn bei der geplanten Bahnhofshinterfahung ist zudem zu berücksichtigen, dass die Trasse sich nach wie vor inmitten der Tallage Hagens befindet und die vorliegenden Verkehrsprognosen davon ausgehen, dass Zusatzverkehr von der A1 den Schadstoffausstoß in diesem Bereich markant verstärken könnte.

Auch die Verkehrsprognosen für die Ortsumgebung Boele waren bereits mangelhaft. – Warum sollten wir jetzt den aktuellen Prognosen bei der Bahnhofshinterfahung Glauben schenken?

Zahlreiche andere, meist verschwenderische Ausgabepositionen, wie die „verzockten“ Millionenbeträge beim Derivate-Handel oder der teure Neubau des Westfalenbades sind hinlänglich bekannt und wurden intensiv diskutiert, auch und vor allem hier im Rat. Deshalb möchten wir die Diskussion zu diesen Themen an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Festzuhalten bleibt für uns jedoch, dass es für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor vollkommen unverständlich ist, warum nicht einmal der Versuch unternommen worden ist, die Verantwortlichen für die über 40 Mio. € schweren Verluste aus den hoch riskanten Derivatgeschäften zur Rechenschaft zu ziehen?

Seitens der Stadtverwaltung fordern und wünschen wir uns zukünftig eine sensiblere und vor allem zukunftsorientierte Verwendung der Steuergelder unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der in Hagen ansässigen Unternehmen. Dies muss der Anspruch für den aktuellen Haushalt, für die Haushaltspläne der kommenden Jahre und insbesondere das Haushalts sicherungskonzept sein.

Den Ansatz, die Außendarstellung der Stadt Hagen durch die Neugründung und den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung zu verbessern, begrüßen wir deshalb ausdrücklich. Eine derartige Investition in die Stadt Hagen bewerten wir als sinnvoll. In unseren Augen ist Hagen eine vielfältige und lebenswerte Stadt, die darüber hinaus über eine exzellente Verkehrs anbindung zwischen Sauerland und Ruhrgebiet sowie Norden und Süden verfügt.

Mögliche Investoren, Neu-Hagener und Besucher von außerhalb der Stadtgrenzen wissen allerdings kaum von diesem Potential, weil sowohl die externe als auch die interne Berichterstattung über unsere Stadt häufig negativ ausfällt. Einen maßgeblichen Beitrag hierzu hat die Hagener Politik selbst geleistet. Und, was noch schwerer wiegt, sie hat auch zu einem spürbaren Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern geführt.

Eine nachhaltige Wirtschaftsförderung bedeutet aber auch, dass man sich seiner eigenen Trümpfe nicht berauben bzw. diese zu früh ausreizen darf. Deshalb gilt es, die Alleinstellungsmerkmale der Stadt Hagen zu erhalten und in der Außendarstellung hervorzuheben. Durch Einsparungen kann man sicherlich kurzfristig Erfolge erzielen, mittel- bis langfristig muss jedoch die Einnahmeseite der Stadt erhöht werden – und zwar durch neue Firmenansiedlungen und damit einhergehend neue Arbeitsplätze, durch den Zuzug neuer Einwohner und eine Attraktivitätssteigerung für Touristen, die mit konsumtiven Ausgaben die städtische Wirtschaft ankurbeln.

All dies lässt sich allerdings nur mit einer guten und vor allem nachhaltigen Infrastruktur realisieren.

Ein Theater, das jährlich mehr als 160.000 Gäste anlockt und die Attraktivität des Standortes Hagen erhöht, darf man nicht in seiner Existenz gefährden. Das Theater ist ein wesentlicher Freizeitfaktor für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Menschen aus dem Umland. Auch die zahlreichen Grünflächen, um die uns viele Ruhrgebietsstädte sicherlich beneiden, gilt es zu erhalten. Keineswegs dürfen diese durch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen oder durch neues Bauland zersiedelt werden. Hagen verfügt z.B. mit den ehemaligen Brandtflächen oder den Gewerbeflächen hinter dem Bahnhof über attraktive

Flächen für gewerbliche Investoren. Im Wohnbereich zeigt eine Studie der Prognos AG gar auf, dass die Stadt Hagen bis zum Jahr 2025 einen Wohnungsüberhang aufzuweisen haben wird.

Warum sollen wir also immer mehr Grünflächen versiegeln? Naherholung bekommt bei der Lebensplanung der Bevölkerung einen immer wichtigeren Stellenwert. Es gilt vielmehr, die bestehenden Flächen sinnvoll zu erschließen und zu vermarkten.

Vor allem unsere städtischen Unternehmen, insbesondere ENERVIE, sehen wir in einer Vorreiterrolle für Hagen. Ein Unternehmen, das sich durch den Zukauf der NUON Deutschland GmbH selbst als Nummer 5 im nationalen Energiemarkt bezeichnet, wird zukünftig um qualifizierte Mitarbeiter konkurrieren. Um solche Mitarbeiter, die in der Regel jung sind und mittelfristig sesshaft werden wollen, für ein Unternehmen und eine Stadt zu begeistern, spielt der Faktor Lebensqualität für einen möglichen Zuzug nach Hagen eine immens wichtige Rolle. Standortfaktoren können hier gut ausgestattete Schulen und Kindergärten, Naherholungsgebiete für Wanderungen oder Radtouren, ein gutes ÖPNV-Netz, kulturelle Einrichtungen wie das Theater und die Museen sowie ein breites Einzelhandelsangebot sein.

Hagen hat sich in der Vergangenheit vehement für eine „Neue Mitte“ eingesetzt, die aktuell durch die geplante Rathausgalerie noch erweitert und gestärkt werden soll. Warum forcieren wir aber vor diesem Hintergrund eine Ansiedlung der ENERVIE auf der Haßleyer Insel? Dies führt in unseren Augen zu einem Kaufkraftverlust in der Hagener Innenstadt. HAGEN AKTIV ist überzeugt, dass durch den Wegzug der ENERVIE das angedachte Einzelhandelskonzept untergraben wird. Wir fordern deshalb den Verbleib der ENERVIE im Zentrum von Hagen.

Wir wollen die ENERVIE in ihrer Weiterentwicklung zu einem bundesweit bedeutenden Energieversorger nicht blockieren. Wir sehen das Unternehmen aber sehr wohl in der Pflicht, soziale und wirtschaftliche Verantwortung für den Standort Hagen zu übernehmen. In Essen ist RWE z.B. unmittelbar an den Bahnhof und somit an die Innenstadt angebunden. Die Mitarbeiter sichern der Innenstadt Kaufkraft, der Unternehmenssitz wertet die Innenstadt und den Bahnhof auf. Warum sollte dieses nicht auch in Hagen funktionieren? Zumal die Stadt bereits Gewerbeflächen hinter dem Bahnhof erworben hat.

ENERVIE könnte sich als weithin sichtbarer „Leuchtturm“ in der Nähe des Bahnhofs positionieren. Folge: Weitere Unternehmen werden Interesse an den Gewerbeflächen hinter

dem Bahnhof zeigen. Das gesamte Bahnhofsareal würde aufgewertet. Innenstadt und Bahnhof würden sozusagen zu einer Einheit verschmelzen. Das Bild der Hagner City würde abgerundet. Vorteil für ENERVIE: die bundesweiten Kunden und Geschäftspartner haben eine ideale Verkehrsanbindung über den Bahnhof. Da ein Hauptteil der NUON-Kunden in Berlin und Hamburg ansässig ist, erscheint uns eine derartige Anbindung wesentlich kundenfreundlicher, aber auch ökologischer als eine Ansiedlung auf der Haßleyer Insel.

Abschließend möchte ich kurz das Thema „Steuern“ – ein Reizthema für uns Bürger - beleuchten.

Auffällig ist: Der aktuelle Haushaltsplan enthält keine Steuererhöhungen.

Wir vermuten: Dies liegt an der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahl.

Unser Appell an die etablierten Parteien: Bekennen Sie Farbe und sagen Sie – hier und jetzt - den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit.

Denn bei sinkender Einwohnerzahl, einer gleichbleibenden Infrastruktur und insgesamt steigenden Kosten werden Steuererhöhungen, wenn man die Lebensqualität in Hagen erhalten will, unausweichlich sein. Wir vermuten, dass die Parteien nach der Landtagswahl uns - die Bürgerinnen und Bürger - damit „überraschen“ werden.

Eine Anpassung der Steuersätze bei der Grundsteuer B ist zwar schmerzhaft für jeden Einzelnen – aber für HAGEN AKTIV zumindest temporär und in Grenzen vorstellbar.

Die Sinnhaftigkeit und Dauer dieser Maßnahme sowie die Verwendung der zusätzlichen Mehreinnahmen muss jedem Bürger detailliert, verständlich und ohne Rückhalt erläutert werden. Hieraus ergibt sich für die Stadtverwaltung die Verpflichtung, den Haushalt innerhalb eines gemeinsam vordefinierten Zeitraums zu konsolidieren. Nach dem Abschluss gilt es, die Steuersätze auf das Ausgangsniveau zurückzuführen. Wünschenswert wäre, wenn andere NRW-Kommunen diesem Hagener Model folgen würden.

Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes hält HAGEN AKTIV dagegen für kontraproduktiv, weil wir uns sowohl lokal als auch global im Wettbewerb mit anderen Kommunen befinden. Wie bereits zu Beginn meiner Rede skizziert, setzt sich HAGEN AKTIV für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hagen – und damit für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ein.

An dieser Stelle wiederhole ich meine eingangs gemachte Forderung nochmals:

Um zukünftig bei politischen Entscheidungen eine höhere Akzeptanz bei den Bürgern zu schaffen, ist es notwendig, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubinden. HAGEN AKTIV wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Bevölkerung Gelegenheit bekommt, den Haushalt aktiv mitzugestalten. Andere Städte, wie z.B. Freiburg oder Gütersloh, haben gezeigt, dass die Bürger in diesem Fall auch schmerzhaft Sparmaßnahmen mittragen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, unter Berücksichtigung der genannten Punkte möchten wir Ihnen unsere aktive Unterstützung für eine gemeinsame Entwicklung unserer Stadt anbieten. Jedem muss bewusst sein, dass Konsolidierungsmaßnahmen beschwerlich sind, dass aber die damit verbundenen Veränderungen auch neue Chancen für unsere Stadt bringen.

Hagen muss lebenswert bleiben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.